Mitgliederzeitschrift für die Bediensteten des Justizvollzugs

Der

VOLLZUGSDIENST

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands









2 | 2 0 2 4 71. Jahrgang

Einkommensrunde TV-H 2024

Mithalten statt hinterherrennen!

Demos in Fulda und Darmstadt – Der BSBD zeigt Flagge





Personalmangel extrem!

BSBD fordert konsequentes Handeln der Politik zur Personalgewinnung

> René Müller im Interview zur Sichtweise des BSBD



Landtagswahl in Hessen

Am 8. Oktober 2023 wurden die Hessen und Hessinnen aufgerufen ihre Stimme abzugeben. Rund 66 Prozent folgten den Ruf an die Wahlurnen. Insgesamt standen 21 Wahlvorschläge zur Verfügung.

Politische Entscheidungen beeinflussen das Leben der Menschen in der Region. In der Hoffnung auf eine starke und stabile Regierung, die in der Lage ist, die Interessen der Menschen effektiv zu vertreten, haben die Wähler und Wählerinnen an die Wahlurnen gezogen. Mit ihrer Stimme werden sie die Gestalter der politischen Zukunft in Hessen.

Der Wahlslogan der CDU Hessen lautete "Wir wollen Hessen weiterführen" und "mit Wertschätzung für Bodenständigkeit und heimische Produkte" spiegelte die politischen Ziele und Botschaften mit Erfolg. 52 Sitze für den Landtag konnten gewonnen werden. Eine Zeit der Verhandlungen folgte. Würde die CDU wieder eine Koalition mit den Grünen eingehen. Frei nach

dem Motto "weiter" so? Oder wurde mit der SPD "geliebäugelt"? Die SPD verlor gegenüber der letzten Landtagswahl immerhin 6 Sitze. Wer würde der Partner der CDU werden? Die Verhandlungen wurden wohl sehr sorgfältig geführt. Die Abstimmung der jeweiligen politischen Ziele und Prioritätensetzung will wohl überlegt sein und muss von den Mitgliedern der Partei gestützt und getragen werden.

Das erste Mal, in der Geschichte des Bundeslandes Hessen, haben wir ein schwarzrotes Bündnis. Die gemeinsamen politischen Nenner der beiden hatten wohl die allermeisten Übereinstimmungen.

Am 18. Januar wurde der Koalitionsvertrag zwischen der CDU und der SPD geschlossen und verkündet. Wollen wir hoffen, dass ein Miteinander der politischen Kräfte gelingen mag. Mit einem Blick in die Bundespolitik sind wir alle nicht sonderlich verwöhnt. Wir hoffen auf ein gutes Miteinander, um echte Lösungen für zahlreiche Problemlagen finden zu können.

Die 21. Legislaturperiode des hessischen Landtages kann beginnen. Unser hessischer Ministerpräsident darf Hessen weiterführen. Unser hessisches Justizministerium ist seit dem 18. Januar das hessische Ministerium für Justiz und für den Rechtsstaat. Neben einer neuen Ressortbezeichnung haben wir einen neuen Justizminister bekommen.

Christian Heinz (CDU) aus dem Team von Boris Rhein (CDU) löst unseren bisherigen Justizminister Herrn Prof. Dr. Poseck im Amt ab.

Herr Prof. Dr. Poseck war von 2022 bis zum Januar 2024 unser Justizminister. Seit 2024 wechselte er ins Innenministerium. Im Amt als unser Innenminister trennen sich unsere Wege. Schnittstellen werden wir behalten. Aktuell laufen die Tarifverhandlungen. Unser neuer Innenminister ist der Verhandlungsführer. Wir sind gespannt, wie unsere Tarifverhandlungen laufen werden.

BSBD-Gewerkschaftstag 2023

Wilma Volkenand zur neuen Landesvorsitzenden gewählt



Die scheidende Landesvorsitzende Birgit Kannegießer eröffnete den BSBD-Gewerkschaftstag 2023

Der Gewerkschaftstag 2023 war ein Gewerkschaftstag der Superlative. Ehrenvorsitzender **Heinz-Dieter Hessler** wurde für seine **50-jährige Mitgliedschaft** geehrt,

davor führte er den BSBD Hessen über 27 Jahre. **Birgit Kannegießer** wurde für ihre **25-jährige Mitgliedschaft** geehrt, 14 Jahre war sie wiederum Landesvorsitzende. Im gleichen Jahr wie Birgit Kannegießer (1998) trat auch Landeskassiererin **Melanie Peil** in den BSBD ein, auch sie erhielt die silberne Ehrennadel des Verbands.

Für Birgit Kannegießer war es zugleich der letzte Gewerkschaftstag, in der Stichwahl am 5. November setzte sie sich mit 59,64 % gegen ihre grüne Mitbewerberin durch; am 26.04.2024 tritt sie das Amt der Bürgermeisterin in ihrer Heimatgemeinde Seeheim-Jugenheim an.

Folglich war Birgit Kannegießers Begrüßungsrede 2023 gleichzeitig ihre Abschiedsrede. Ganz deutlich, klar und präzise schilderte sie die **nicht mehr tragbare Arbeitssituation** im Justizvollzug. Es ist nicht mehr fünf vor zwölf, mittlerweile – so Kannegießer – stehe die Uhr auf 10 nach

12, der Kipppunkt sei überschritten. Die Zahl der mangels Personal nicht mehr besetzbaren Positionen sei immens, der viel zu hohe Anteil der AVD-Tarifbeschäftigten beeinträchtigt die Einsatzplanung vor Ort in den Anstalten. Junge Kolleginnen und Kollegen im Tarifbeschäftigtenverhältnis, so Kannegießer, warten teilweise über 2 Jahre auf einen Ausbildungsplatz. Ihre Stammdienststellen können sie mangels Neueinstellungen faktisch nicht ziehen lassen, die Ausbildungskapazitäten sind zu niedrig für den eigentlichen Ausbildungsbedarf. Die Zahl der Kündigungen ist erschreckend. Und auf der anderen Seite der Gitter nehmen die Verhaltensauffälligkeiten, nicht vorhandene Verhaltenssteuerung oder gar Absprachefähigkeit zu. "Wir brauchen dringend gesonderte Sicherheitsstationen", so Birgit Kannegießer, um die Stationsbediensteten zu entlasten. Die Sorge, dass dort niemand arbeiten wolle, teilte Kannegießer in ihrer Rede gar nicht.

Ehrenvorsitzender Heinz-Dieter Hessler wird für 50 Jahre Mitaliedschaft im BSBD geehrt

Immer neue Aufgabenstellungen sowie der vordergründig auf Behandlung ausgerichtete hessische Justizvollzug nehmen dabei keinerlei Rücksicht auf die schreienden Personallöcher. Der "Feuerzeugerlass" sei beispielhaft für das Schwarze-Peter-Spiel, das mit den Mitarbeitenden getrieben werde. Wenn was passiert, sind diejenigen ganz unten schuld.

Der fortdauernd hohe Krankenstand treibe alle Bediensteten um, hier sei mittlerweile ziemliche Handlungsunfähigkeit gegeben - und das zu Lasten der Sicherheit. Das können die Verbleibenden nicht mehr auffangen und sie sind es leid, sich dafür zu rechtfertigen, dass sie auf ihren Ruhetag weder verzichten wollen noch verzichten können. Die langjährige Diskussion um die richtige Berechnung der Ausfallquote löse das grundsätzliche Problem nicht. Gleichzeitig steigt die Gefangenenbelegung wieder kontinuierlich. Aber es sind auch die eigentlich kurzstrafigen Gefangenen, die mit ihren Verhaltensauffälligkeiten die Bediensteten massiv fordern. Kannegie-Ber, auf 37 Dienstjahre zurückschauend, hinterfragte kritisch das Vollzugsziel der Resozialisierung. Bei allem Bekenntnis zu einem humanen Justizvollzug bleibt doch zu fragen, ob dieses Ziel tatsächlich noch realisierbar ist. Die Handlungsfähigkeit schwindet dahin. So nehmen diejenigen den Alltag wahr, die Dienst vor Ort auf den Stationen leisten. Und bis heute haben sie den Eindruck, dass dies niemanden interessiert. Niemand fragt, wie sich dieser Alltag erleichtern bzw. optimieren lässt.

Die junge Generation, so **Kannegießer**, ist wechselbereit, sie geht, wenn es ihr nicht gefällt, entscheidet schnell, zahlt auch den Anwärtersonderzuschlag zurück. Pensionsansprüche und sicherer Arbeitsplatz haben keine Priorität – sie leben jetzt, sie interessiert, wieviel Geld sie jetzt haben.

Die Fortdauer der verfassungswidrigen Besoldung bei gleichzeitig deutlich angehobenem Bürgergeld lässt das Fass überlaufen, verstärkt Resignation und innere Kündigung. Die Empörung über die Verfassungswidrigkeit hierüber ist mittlerweile nicht mehr in den Griff zu bekommen. Der Wegfall der Besoldungsgruppe A 5 führe nun dazu, dass die Vollzugsbediensteten in der Besoldungshierarchie wieder ganz unten angekommen sind, die schwierige Aufgabe Justizvollzug werde in keiner Weise mehr honoriert. Hier könne nur noch eine sehr deutliche Anhebung der Vollzugszulage helfen, die dann aber auch ruhegehaltsfähig sein müsse. Mit dem Streichen der A 5 sei ein ganz deutlicher Verstoß gegen den Grundsatz der funktionsgerechten Besoldung gegeben, aber auch das interessiert - die da oben - offensichtlich auch nicht. Unten in der Besoldungstabelle reicht ein Federstrich, aber wehe, wehe, in den oberen Besoldungsgruppen soll mal ein "Fuffi" gestrichen werden. Auch müsse die Anhebung der Eingangsämter des Justizvollzugs nachgedacht werden, wenngleich klar ist, dass hier nur das Problem nach oben verlagert wird. Auch für die Bereichsleitungen müsse dringend etwas getan werden, denn wer sich für diese Führungsposition des AVDs entscheidet, legt durch den Wegfall der Schichtzulagen faktisch Geld drauf und verdient durch den Wegfall der Schichtzulagen weniger als die eigenen Mitarbeiter*innen. Die Leitungsspanne sei in vielen Vollzugsabteilungen viel zu hoch, der riesige Strauß an Aufgaben könne schlicht nicht mehr erfüllt werden. Dies belaste das Arbeitsklima und die Zusammenarbeit elementar, denn gerade auf dieser Ebene, so Kannegießer, sei die Zeit für Mitarbeiterführung, Gespräch und Auseinandersetzung wichtig.

Ein weiterer Vorschlag kostet dagegen nichts, so die scheidende Landesvor-



32

2 x 25 Jahre; Birgit Kannegießer und Melanie Peil erhalten die silberne Ehrennadel für 25 Jahre Mitgliedschaft

sitzende, sie appellierte an Justizminister Poseck: "erlauben Sie bitte den Uniformträgern, Tattoos offen zu tragen. Heben Sie die Pflicht zum Verdecken der Tattoos auf. Hier werden die Kolleginnen und Kollegen ganz besonders belastet. Tattoos gelten heute als "Körperschmuck". Ob das der älteren Generation nun gefalle oder nicht, der Wertewandel müsse akzeptiert werden. Kannegießer verwies auf die Kolleginnen und Kollegen der Polizei, die trotz Tattoos an den Armen im Sommer Kurzarmblusen und -hemden tragen. Dies werde dort geduldet. Bei aller Personalnot kann es sich der Justizvollzug schlicht nicht mehr leisten, hier bei den bisherigen Auflagen zu bleiben, es bringe den Justizvollzug auch nicht weiter, auf das Tattooverbot zu bestehen.

Justizminister Dr. Poseck sagte übrigens die Überprüfung dieser Vorschrift in seinem Grußwort zu, er werde sich hierzu ins Benehmen mit dem Innenministerium setzen, um liberale Regelungen zu finden. Verschiedene Forderungen des BSBD Hessen, wie beispielsweise die 45 zusätzlichen Ausbildungsstellen, die Anhebung der Eingruppierung des AVDs bei Einstellung in die



Justizminister Dr. Poseck bei seinem Grusswort

EG 6, die Anhebung der DUZ sowie der Anwärtersonderzuschlag für die Auszubildenden des mittleren Verwaltungsdienstes, wurden bereits umgesetzt. Die Nachwuchsgewinnung, so Poseck, bleibe eine zentrale Aufgabe für alle im Justizvollzug. Er dankte allen Bediensteten ganz ausdrücklich für ihren Einsatz. Er räumte notwendige Verbesserungen bei der Besoldung der Vollzugsbediensteten ein (Anhebung des Eingangsamtes, Erhöhung der Vollzugszulage) und er werde sich persönlich dafür einsetzen. Es sei allerdings nicht alles erfüllbar, dabei verwies Poseck auf die angespannte Haushaltslage des Landes Hessen in schwierigen gesamtgesellschaftlichen Zeiten. Umso wichtiger sei es deshalb, den Zusammenhalt zu stärken und die richtigen Schwerpunkte zu setzen.



dbb-Landesvorsitzender Heini Schmitt bei seinem Grusswort

dbb-Landesvorsitzender Heini Schmitt appellierte in seinem Grusswort an die anwesenden Delegierten, sich an den Warnstreikaktionen im Rahmen der nun anstehenden Tarifverhandlungen für den TV-H massiv zu beteiligen. In anderen Bundesländern sei die Teilnahme doppelt bis dreimal so hoch gewesen als in den vergangenen Jahren. Das geht in Hessen auch! Die Kolleginnen und Kollegen waren dort massiv auf die Straße gegangen, um ihrem Unmut über mangelhafte Bezahlung und massive Personalnot Luft zu machen. Es sei schon lange nicht mehr nur ein Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst gegeben, sondern hier mache sich ein Arbeitskräftemangel breit. Der öffentliche Dienst, so Schmitt, müsse dringend wieder ins Laufen gebracht werden, damit er seine Aufgaben wieder erledigen könne.

Die Übertragung des demnächst auszuhandelnden Tarifergebnisses auf die Beamtenbesoldung sei im Übrigen eine weitere Möglichkeit und Chance auf dem Weg zur verfassungsgemäßen Besoldung.

Für die CDU-Fraktion des hessischen Landtags sprach (zum ersten Mal) Frau Landtagsabgeordnete **Birgit Heitland**, die SPD wurde durch Landtagsabgeordnete **Tanja Hartdegen** vertreten. Für die AFD sprach Landtagsabgeordneter **Dirk Gaw**. Der Reigen der Grußworte wurde schließlich durch den 1. Stadtrat der Stadt Butzbach Michael Mentz geschlossen. **Michael Mentz** ist den Vollzugskolleginnen und -kollegen gut bekannt, er war viele Jahre Leiter der Justizvollzugsanstalt in Rockenberg gewesen.

Neben der Landesvorsitzenden Birgit Kannegießer wurde der stellvertretende Landesvorsitzende Karsten Müller verabschiedet, er hatte die Mitgliederverwaltung als besonderes Aufgabenfeld innerhalb des Landesvorvorstands inne. Müller habe, so Kannegießer, unendlich viele Stunden, Abende, Wochenenden und dienstfreie Tage eingesetzt, um den Mitgliederbestand zu pflegen. Die Einführung der VEWA-Mitgliederverwaltung wäre ohne Karsten Müller nicht realisierbar gewesen. Es war ein Schock, als der dbb-Bund, dieses Programm kurzfristig abkündigte. Gut, dass Karsten Müller, die bisherige Datei parallel weitergepflegt hatte.

Darüber hinaus dankte Birgit Kannegießer Kollege Moritz Otto, der Ende 2022 nach dem Ausscheiden des bisherigen Landesgeschäftsführers spontan bereit war, diese Position kommissarisch zu übernehmen.

Mit 80,43 % wurde Kollegin Wilma Volkenand aus der JVA Kassel I am Nachmittag zur

neuen Landesvorsitzenden gewählt. Wilma Volkenand gehört dem BSBD Hessen seit vielen Jahren an, sie ist sehr engagierte Personalratsvorsitzende in der JVA Kassel I, gehört dem HPR Justizvollzug bereits in der 2. Wahlperiode an und war dort stellvertretende HPR-Vorsitzende. Wilmas Marke ist das direkte Wort, ihr Einsatz und ihre Standhaftigkeit. Sie setzt sich ein und macht sich stark für alle Kolleginnen und Kollegen.

Zum Landesgeschäftsführer wurde Kollege Husam Sanori (OV Weiterstadt) gewählt, der nun gemeinsam mit Torsten Gürtler (OV Schwalmstadt) in den Landesvorstand einzog. Beide hatten sich im bisherigen "Netzwerk freier Wähler" eingebracht, das nun als sogenannte freie Liste aufgelöst wurde, um den BSBD Hessen als Fachgewerkschaft zu verstärken. Torsten Gürtler übernahm als neu gewählter stellvertretender Landesvorsitzender die Position des Tarifvertreters, die zuvor die neu gewählte Landesvorsitzende Wilma Volkenand inne hatte.

Christian Otto, Ortsverbandsvorsitzender Frankfurt I übernahm die Position von Karsten Müller, er wurde zum stellvertretenden Landesvorsitzenden mit Schwerpunkt Mitgliederverwaltung gewählt. Darüber hinaus ist er zuständig für den Social Media-Account und Webseite des BSBD Hessen. Birgit Kannegießer wurde nach Abschluss der Wahlen von den BSBD-Delegierten einstimmig zur Ehrenvorsitzenden gewählt.

Wilma Volkenand wurde 4 Tage nach dem Gewerkschaftstag am 5.12.2023 auch zur HPR-Vorsitzenden gewählt und folgte auch dort auf Birgit Kannegießer.



Der neu ergänzte Landesvorstand mit Thomas Meier, Gerd Gohla, Husam Sanori, Wilma Volkenand, Torsten Gürtler, Christian Otto, Melanie Peil und Florian Haas

HESSEN

DER VOLLZUGSDIENST 2 | 2024

Verabschiedung Birgit Kannegießer

Auf Wiedersehen ... 37 Jahre hessischer Justizvollzug ... eine Ära geht zu Ende

Der Tag kam näher, erst in weiter Ferne und doch sehr schnell so nah. Abschiednehmen, auf Wiedersehen sagen und damit verbunden einen neuen Lebensabschnitt beginnen, so war es am 26.01.2024 für Birgit.

Birgit Kannegießers
Abschiedsrede

Mit der Bewerbung um das Bürgermeisteramt für ihre Gemeinde ging es los, harter Wahlkampf, der eigentliche Wahltag und dann noch ab in die Stichwahl, welche sie zur Wahlsiegerin kürte – neues Amt Bürgermeisterin – herzlichen Glückwunsch.

37 Jahre hessischer Justizvollzug mit Leib und Seele – das ist und war Birgit Kannegießer.

37 Jahre in Worte zu fassen, kaum möglich, aber wir versuchen es einmal.

Alles begann mit der Laufbahnausbildung im hessischen Justizvollzug, eine große Anzahl an vielseitigen Aufgaben folgten. Birgit war überall zu finden, ob in den südhessischen Anstalten, im Ministerium, in der Schwalm oder dann auch als Abteilungsleitung im VCC Süd und zuletzt im Haupthaus des H. B. Wagnitz-Seminars.

Die Reorganisation der Verwaltungs-Competence-Centren war eine Mammutaufgabe. Es beinhaltete viele schlaflose Nächte, viel Schweiß und viel Tinte, doch Birgit kämpfte für die Bediensteten.

Doch das oder vielmehr ihr Hauptanliegen seit vielen Jahren ist das Gremium der Personalvertretung und Gewerkschaft. Wenn jemand Paragraphen aus dem HPVG kennt und zitieren kann – dann Birgit. Das Einbeziehen der Gremien eine Herzensangelegenheit. Dies betonte auch unser Abteilungsleiter des HMdJ und für den Rechtsstaat Herr Dr. Böhmer in seiner Abschiedsrede.

Am 26.01.2024 waren viele Freunde, Wegbegleiter und Kollegen aus den verschiedensten Ecken unseres Landes erschienen. Alle Reden waren persönlich auf Birgit zugeschnitten, sogar ein Gedicht des ehemaligen Abteilungsleiter Manfred Kräuter war darunter. Die Eröffnungsrede hielt der amtierende Behördenleiter des H. B. Wagnitz-Seminar Herr Thomas Puffert. Auch sein Vorgänger Gerhard Albrecht ließ es sich nicht nehmen, goodbye zu sagen. Das Schlusswort lag bei Birgit selbst, zum Ende kamen die Tränen, der Abschied war nun da. In netter Runde und vielen kleinen Leckereien klang der Tag aus. Aber dem BSBD bleibt Birgit als Ehrenvorsitzende er-

Für dein neues Amt wünschen wir Dir, liebe Birgit, alles erdenklich Gute und vielleicht sieht man sich auf einer der nächsten Sitzungen wieder. Bleib gesund.

Wahlen gestalten und verändern



16 Jahre Die Linke im Hessischen Landtag

Bei der Landtagswahl am 8. Oktober 2023 erhält "die Linke" nur 3,1 Prozent der Stimmen. Die Partei, die sich für die soziale Sicherheit und den Kampf gegen Armut eingesetzt hat wird im hessischen Landtag in der 21. Legislaturperiode nicht mehr vertreten sein.

Elisabeth Kula und Jan Schalauske führen die Fraktion "die Linke" als Doppelspitze. Die Themenschwerpunkte Fraktion haben die Menschen, die zur Wahlurne gingen nicht überzeugen können. Schwerpunkte der Partei waren der Widerstand gegen die Rodung des Dannenröderwaldes; gegen den weiteren Ausbau der A 49 und gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens. Gemeinsam mit Bürgerinitiativen haben "die Linken" viel Wert auf eine gerechtere Gesellschaft und soziale Sicherheit gelegt. Besonders nahe waren und werden bestimmt nun auch außerparlamentarisch



Elisabeth Kula und Jan Schalauske

verschiedene Friedensbewegungen wie z. B. "Friday for Future" und Mieterbündnisse sowie Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen sein. Besonders nahe waren der Fraktion "die Linke" die Gewerkschaft Ver.di.

Als Landesverband haben wir in vergangenen Jahren regelmäßige Gespräche mit der justizpolitischen Sprecherin der Fraktion "die Linke" im Kontakt gestanden. Frau Saadet Sönmez haben wir eher weniger im Gespräch wahrgenommen. Frau Marjana Schott und Frau Christiane Böhm behalten wir als rege und besonders kompetente Gesprächspartner im Gedächtnis.

Gerne sind wir der Einladung zum Abschied aus der Parlamentarischen Arbeit gefolgt. Am 10.01.2024 verabschiedete sich die Fraktion "die Linke". Mit einer Delegation unseres Landesverbandes waren wir mit dabei. Wir wünschen allen Fraktionsmitgliedern viel Zuversicht und Kraft. Es wird wohl viel Ausdauer und Engagement nötig sein, um bei der nächsten Landtagswahl einen erneuten Versuch in den Hessischen Landtag einziehen zu können zu starten.



Delegation des BSBD Hessen v. I. Melanie Peil; Heinz-Dieter Hessler (Ehrenvorsitzender); Christiane Böhm (die Linke) Wilma Volkenand und Torsten Gürtler

Hessens kleinste Anstalt

Limburg



JVA Limburg (Foto aus der Rhein Zeitung)

Eine Ära geht zu Ende

Nach 25 Jahren im Vorsitz verabschiedet sich unser Stefan. Am 16.11.2023 hat er seine letzte Jahreshauptversammlung als Vorsitzender des Ortsverbandes einberufen und eröffnet.



v. I.: Stefan Weber und Jörg Eckerth

Unter den Teilnehmern der Jahreshauptversammlungen waren neben den Mitgliedern aus dem Ortsverband der ehemalige Anstaltsleiter der JVA Limburg. Herr Manfred Radde. Stellvertretend für den Landesvorstand hat Florian Haas übernommen.

Stefan Weber war für uns im Landesvorstand ein ganz besonderer Ortsverbandsvorsitzender. Mit Kampfgeist und Ausdauer hat er maßgeblich dazu beigetragen, dass die JVA Limburg nicht geschlossen wurde. Stefan hat seine sehr guten Kontakte zur Politik genutzt. Um das Kleinod Limburg wurde gekämpft. Neben der Politik hat unsere langjährige nun ehemalige Vorsitzende Birgit Kannegießer mit um den Erhalt der Anstalt gekämpft. Der Kampf hat sich gelohnt. Die JVA ist am Netz. Ohne seinen aktiven Widerstand wäre die Schließung mit hoher Wahrscheinlichkeit vollzogen worden.

Unser Plan Stefan Weber mit "großem Bahnhof" zu verabschieden ging leider nicht auf. Wie das Leben so spielt, war unser Ehrengast am Tag des Gewerkschaftstages dienstlich verhindert. Besonders kleine Anstalten können kaum mehr Ausfälle kompensieren. Nur gut, dass die Kollegenschaft oft bereit ist den Karren zu ziehen.



Gaststätte Turnhalle Limburg

Jörg Eckerth wurde auf der Jahreshauptversammlung zum neuen Vorsitzenden des Ortsverbandes Limburg gewählt. Als Stellvertreter wurde Torben Schmehl gewählt. Die Schriftführung übernimmt Dennis Klebach und Rebecca Haberländer kümmert sich um die Finanzen.

Der scheidende Vorsitzende ehrte den zukünftigen Vorsitzenden für seine 20 jährige Tätigkeit im Vorstand des OV's Limburg.

Wir wünschen dem neuen Vorstand stets ein gutes Geschick bei der Ortsverbandsarbeit.

Landesvorstandssitzungen: Wir bleiben in Limburg

Seit dem Gewerkschaftstag in Butzbach am 01.12.2024 sind wir als neuer Vorstand des BSBD Hessen im Amt.



v. I.: Carmen Röhrig und Jörg Eckerth

Unsere erste Vorstandssitzung führte uns in die kleinste Anstalt Hessens. Dort wurden wir unglaublich warmherzig von der Anstaltsleiterin Carmen Röhrig und dem Ortsverbandsvorsitzenden Jörg Eckerth empfangen. Als Überraschung für uns war Stefan Weber vor Ort. Extra für uns ist er in die Anstalt gekommen. Resturlaub; Mehrarbeit und LAK Stunden sorgten dafür, dass er bereits "auf Probe" den zukünftigen Ruhestand "fühlen" darf.

Gemeinsam mit den Limburgern haben wir zahlreiche Themen, die der Vollzug zu bieten hat, besprochen. Die großen Herausforderungen die kleine Anstalten bei Personalausfällen haben. Das Zusammenrücken, wenn eben ein Mensch aus den eigenen Reihen ausfällt. Ja und auch die Freude und das Leid, dass gemeinsam getragen/ertragen wird.

Wir haben gemeinsam in die Vergangenheit geblickt. Als die Schließung drohte. Über die Mühe. Über die Fassungslosigkeit, die aus dem Nichts zu kommen schien.

Die Vorzüge die Limburg hat konnten wir spüren. Die große Empathie als von Schicksalsschlägen, die einen der ihren getroffen hatte. Wir werden unsere erste Vorstandsitzung nie vergessen. Gut das wir Limburg ausgewählt haben.

Jörg zeigte uns die Anstalt. Machte uns auf die Nähe zu den Gerichten und zur Polizei nochmals optisch aufmerksam. Stefans Erzählungen wurden nun für uns bildlich. Sogar an eine Mittagsverpflegung haben "die Limburger" gedacht. Gestärkt und voller Tatendrang widmeten wir uns nach dem Essen (das super lecker war) wieder unserer Tagesordnung.

Unsere Agenda ist übervoll. Noch immer.

Der Wechselzeitpunkt für ein neues Team der Landesleitung ist der denkbar schlechteste Zeitpunkt gewesen. Im Mai findet die Personalratswahl statt. Gewählt werden neben den örtlichen Personalräten und Anwärtervertretungen (Jugend- und Auszubildendenvertretung) auch der Hauptpersonalrat sowie die Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung. Die Vorbereitungen zur Wahl und die Tarifverhandlungen, die gerade auf Hochtouren laufen, binden und fordern uns enorm. Wir ziehen den Karren. Wir wussten, was auf uns zukommen wird.

Seit gut drei Monaten sind wir im Amt. Unsere zweite Vorstandssitzung fand in Wiesbaden im H. B. Wagnitz Seminar statt. Für die Gastfreundschaft des Hauses bedanken wir uns bei dem Behördenleiter Herrn Puffert.

Da am Tag unser Vorstandsitzung die Auftaktveranstaltung zu den Tarifverhandlungen stattfanden, sind wir in unserer Mittagspause runter nach Wiesbaden gefahren.

Wie soll es anders sein. Unser Pensionär "auf Probe" kam ebenfalls. Eben ein Kämpferherz. Vielen Dank für die vielen aktiven Jahre Gewerkschaftsarbeit und die anhaltende Treue zur Fachgewerkschaft. Wir freuen uns immer, wenn wir auf unsere Pensionäre treffen.



Stefan Weber

Verabschiedung und Amtseinführung

Am 19.01.2024 wurde unser bisherige Justizminister Herr Prof. Dr. Poseck aus seinem Amt verabschiedet. Seit der Landtagswahl in Hessen waberte die Gerüchteküche. Mal wurde getuschelt, unser Minister werde als der neue Innenminister gehandelt. Ein anderes Mal wurde das dementiert.

In Hessen wurde lange gerätselt wer der Koalitionspartner der CDU werden würde und wer von den politischen Parteien welches Ministerium beanspruchen wird. Wir haben lange gehofft unseren Herrn Poseck behalten zu können.

Herr Poseck war gemeinsam mit Tanja Eichner am 31. Mai 2022 ernannt wurden. Er als unser Justizminister und sie als Staatssekretärin. Mit beiden hatten nicht nur wir ein sehr gutes Gefühl.

Bei gemeinsamen Gesprächen haben wir beide als sehr interessiert und aufgeschlossen wahrgenommen. Endlich hatten wir das Gefühl, es wird wirklich aufmerksam hingehört. Unser Gefühl war richtig. Aktiv wurde nach Lösungen für unsere vorgetragenen dringenden Forderungen gesucht.

Umgesetzt wurden die Forderungen nach einem Anwärtersonderzuschlag für die Anwärter und Anwärterinnen in der Verwaltungsausbildung. Auch die Einstellung der Beschäftigten im Justizvollzugsdienst mit der EG 6 statt wie bisher - für 6 Monate zur Einarbeitung in die EG 4. Denn das selbstständige Arbeiten ist ein Tätigkeitsmerkmal für die Eingruppierung. Nach einer kurzen "Umlaufphase" wird von unseren neuen Kollegen und Kolleginnen die selbstständige Stations- oder Funktionsausführung (Pfortendienste usw.) erwartet. Eine leichte Erhöhung der Ausfallquote wurde ebenfalls in Angriff genommen. Wer nach Lösungen sucht findet auch welche!!! Unter der Besetzung mit Eva Kühne Hörmann als Justizministerien und Herrn Metz als Staatssekretär waren gefühlsmäßig eher die Gründe warum etwas nicht geht herausgestellt. Frau Eichner ist für den Tarifbereich sehr gut aufgestellt. Leiterin des Arbeitsstabes und Referatsleitung Tarifpolitik sowie beim Innenministerium im Arbeitsstab Tarifpolitik



v. l.: Frau Staatssekretärin Eichner; Herr Heinz und Herr Prof. Dr. Poseck

gehörten zu ihren vorherigen Aufgaben. Frau Eichner bleibt uns zum Glück erhalten.

Die Amtswechselfeier wurde im Justizministerium mit einer kurzweiligen Abschiedsbzw. Amtseinführungsfeier begangen. Zahlreiche Redner und Rednerinnen meldeten sich zu Wort. Auch Birgit Kannegießer hat es sich nicht nehmen lassen Herrn Prof. Dr. Poseck Forderungen aus der Gewerkschaftsarbeit mit auf den Weg in das neue Amt zugeben. Von offenem zeigen der Tätowierungen – auch bzw. trotz Uniform und der Bitte endlich die Tarifpflege sowie eine

Modernisierung der Entgeltordnung. Wir sind gespannt wie sich unser ehemaliger Justizminister als Innenminister entwickeln wird. Aktuell laufen die Tarifverhandlungen. Wir sind nicht verwundert, dass die Forderungen als zu hoch abgetan werden. Reflexartig hat bisher jeder Innenminister die Forderungen der Gewerkschaften abgewiesen. Aber dazu an einer anderen Stelle der Hessenausgabe mehr. Herr Christian Heinz ist nun unser neuer Justizminister. Bisher hatten wir noch keine Gelegenheit auf persönliche Gespräche. Mit Spannung erwarten wir diese.



Eine für alle.

Koalitionsvertrag zwischen der CDU und der SPD

Wie soll es auch anderes sein. Der schwarz rote Koalitionsvertrag ruft gemischte Reaktionen hervor. Die von der CDU "verstoßenen Grünen" finden, dass der Vertrag die SPD demütige. Die SPD würde lediglich drei Ministerien erhalten. Die Partei "die Linken" hat es nicht mehr in den Landtag geschafft und bezeichnet in der ersten Stellungnahme die SPD "als kleinen Dackel" der CDU (Elisabeth Kula). Möglich, dass die Enttäuschung nicht mehr dem hessischen Landtag anzugehören zu dieser Aussage führte.

Die CDU und die SPD zeigen sich sehr zuversichtlich. Die Grünen sehen in dem Koalitionsvertrag einen "Hauch von nichts". Wir bemerken durchaus, dass das Thema innere Sicherheit in den Fokus zu rücken scheint. Einen besonderen Blick für die innere Sicherheit im Land hat unser Ministerpräsident Rhein, der einst Innenminister war, ganz bestimmt. Herr Prof. Dr. Poseck, der jüngst als Justizminister für die Justiz und den Justizvollzug wirkte, wird nun das Amt des Innenministers ausüben.

Die Herausforderungen, die die Justizvollzugsbediensteten jeden Tag zu bewältigen haben, sind Poseck sehr bekannt. Den Koalitionsvertrag nehmen wir als eher schwammig wahr. Von einer angemessenen personellen Ausstattung bis hin zur Prüfung der Erhöhung der Gitterzulage und eine Ruhegehaltsfähigkeit sowie die Prüfung der Erhöhung der Meisterzulage wurden im Vertrag niedergeschrieben. Eine Ausbildungsoffensive für Personalgewinnungsmaßnahmen wird versprochen. Liebe Regierende, wir hoffen inständig, dass es nicht bei Prüfungen bleiben wird.

Wie wir unseren neuen Innenminister bei den Tarifverhandlungen wahrnehmen? Wir fürchten, dass die im Vertrag festgehaltenen Absichtserklärungen – Absichtserklärungen bleiben werden.

Wir als Vertreter der Fachgewerkschaft Justizvollzug appellieren dringend "kümmern Sie sich schnellstmöglich um die Arbeitsbedingungen in den hessischen Justizvollzugsanstalten. Ganz besonders im südhessischen Raum ist der Vollzugsalltag kaum mehr geordnet zu stemmen. Wenn Sie wirklich gutes Personal gewinnen wollen sorgen Sie endlich für die amtsangemessene Besoldung. Sorgen Sie dafür,

dass die Beschäftigten im allgemeinen Justizvollzug nicht weit über 12 Monate auf die Ausbildung warten müssen. Heben sie die Eingangsämter aller Laufbahnen. Sorgen Sie für wirkliche Verbesserung bei den Arbeitsbedingungen. Wir fordern verlässliche Schichtpläne. Wir fordern auch unsere Sicherheit. Sorgen Sie dafür das Sicherheitsstationen eingerichtet werden. Sorgen Sie dafür, dass auch uniformierte Kollegen und Kolleginnen ihre Tätowierungen nicht verdeckt tragen müssen. Reformieren Sie nicht nur die Entgelttabellen. Kommen Sie aus dem Prüfen und steten Prozessen endlich zum wirklichen Tun. In allen hessischen Anstalten ist es bereits fünf nach zwölf. Uns laufen quer durch alle Berufsgruppen die Menschen weg. Die Pensionierungswelle der Babyboomer schreitet unaufhaltsam fort. Die Ausfälle – auch quer durch alle Berufsgruppen - steigen rasant an. Die Menschen im Vollzug, die für die Sicherheit und für einen reibungslosen Ablauf sorgen sollen, werden krank. Vom Prüfen und Wollen haben wir nichts. Tun Sie etwas!!!

38



Die hessischen Minister und Ministerinnen

Tarifrunde für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst Hessen 2024

Öffentlicher Dienst braucht Einkommensplus

Der dbb fordert für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Hessen 10,5 Prozent, mindestens aber um 500 Euro mehr. Diese Forderung war am 8. November diskutiert und beschlossen worden.

Am 14. Februar 2024 hat die Tarifrunde für die rund 45.000 Beschäftigten in Hessen begonnen. Die Verhandlungsführerin und Verhandlungsführer der Gewerkschaften dbb beamtenbund und tarifunion (dbb), Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver. di), Gewerkschaft der Polizei (GdP), Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) trafen hierzu in Wiesbaden auf den Verhandlungsführer des Landes Hessen, Innenminister Prof. Dr. Roman Poseck, im Hessischen Innenministerium



Zum Auftakt hatten sich ca. 350 Gewerkschafter*innen vor dem Innenministerium versammelt um ihre Verhandlungsführer/innen zu begrüßen und ihrem Unmut Gehör zu verschaffen.

Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen Kolleginnen und Kollegen, die zahlreich vor Ort waren, um unseren mehr als berechtigten Forderungen Ausdruck zu verleihen und um unsere Gewerkschaft zu repräsentieren.

Es waren viele Verbände vertreten, es waren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer da, Beamtinnen und Beamte, Versorgungsempfängerinnen und -empfänger. Ebenso waren viele Vorsitzende der dbb Mitgliedsgewerkschaften und Querschnittsorganisationen, Mitglieder der Landesleitung (dbb) und des Tarifausschusses (dbb) vor

Ort. Auch unser Ehrenmitglied Heinz-Dieter Hessler zeigte einmal mehr "Flagge" für unseren BSBD Hessen und den dbb beamtenbund und tarifunion.

Der dbb Verhandlungsführer Volker Gever sagte bei der Auftaktkundgebung vor dem Innenministerium am 14. Februar 2024 in Wiesbaden: "Hessen weiterführen'. Das hatte die regierende CDU sich in ihrem Wahlprogramm auf die Fahne geschrieben. In Anlehnung an diesen Slogan wollen wir in den Verhandlungen den TV-H weiterführen." Ein leistungsstarker öffentlicher Dienst sei essenziell, um das Land voranzubringen. Konkret fordert der dbb die Erhöhung der Tabellenentgelte um 10,5 Prozent, mindestens aber um 500 Euro. Die Ausbildungs- sowie die Praktikanten-Entgelte sollen um 260 Euro erhöht werden. Die Laufzeit soll zwölf Monate betragen.



"Diese Forderungen sind angemessen und notwendig", erklärte Geyer. "Die Inflationsrate betrug 2023 noch immer fast sechs Prozent, wobei die ohnehin schon hohe Inflationsrate von 2022 hinzukommt." Gleichzeitig werden die Aufgaben für den öffentlichen Dienst immer mehr. "Der öffentliche Dienst muss viele Herausforderungen wie den demografischen Wandel und die Digitalisierung stemmen. Zugleich bietet der Arbeitsmarkt auch zwischen Kassel und Darmstadt immer weniger geeignetes Personal für die verantwortungsvollen Tätigkeiten. Bei der Suche nach geeigneten Fachkräften ist die Konkurrenz mit der Privatwirtschaft größer denn je. Es geht mittlerweile nicht nur darum, neue Leute zu gewinnen, sondern auch die vorhandenen Kolleginnen und Kollegen zu halten."

Für Heini Schmitt, Chef des dbb Landesbundes Hessen, ist klar: "Es muss nicht



nur ein kraftvoller Tarifabschluss her, sondern das Ergebnis muss auch zeitgleich und systemkonform auf die knapp 120.000 Beamtinnen und Beamten sowie 95.000 Versorgungsempfängerinnen und -empfänger übertragen werden, um auch auf diese Weise einer verfassungskonformen Alimentation einen wichtigen Schritt näherzukommen." Es dürfe sich keine Lohnlücke zwischen Hessen und den anderen Bundesländern auftun. "Hessen weiterführen" bedeutet auch, mit den anderen Bundesländern mitzuhalten. Die neue Landesregierung darf nicht riskieren, dass Hessen gegenüber den anderen Bundesländern an Attraktivität für die dringend benötigten Fachkräfte einbüßt."

Nach dem Auftakt war die Stimmung jedoch gemischt. "Wir wissen nach diesem Auftakt im Groben, was möglich ist und dass das Land Hessen unsere Forderungen nicht vollständig blockiert", fasste Geyer die ersten Gespräche zusammen.

Der dbb hat ab dem 15.02.2024 für alle Landesbeschäftigten zum (Warn)Streik aufgerufen. Wir als einzige Fachgewerkschaft für die Justizvollzugsbediensteten in Hessen sind jetzt umso mehr gefordert. In Fulda und Darmstadt waren wir als **BSBD** durch die Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen aus Hünfeld, Kassel, Schwalmstadt, Limburg, Fulda, VCC Süd, Frankfurt Main I und III, Weiterstadt, Darmstadt, Dieburg schon sehr gut präsent. Auch unsere Pensionäre unterstützen mit ihrer Teilnahme an den Kundgebungen kräftig. TOP!!!

Laut dem dbb waren die Demonstrationen in Fulda und Darmstadt ein voller Erfolg!

Bei für die Jahreszeit nahezu idealem Sonnenwetter waren deutlich über 800 Kolleginnen und Kollegen nach Fulda auf den Universitätsplatz und nach Darmstadt auf



SICHERHEIT

SICHER

den Luisenplatz gekommen und haben mit großem Engagement ihre Gewerkschaft repräsentiert und ihre Entschlossenheit zur Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen unter Beweis gestellt.

Das war nicht nur ein starkes Signal an den Innenminister und die Landesregierung, sondern auch eine beeindruckende Vorstellung gegenüber den doch zahlreich vertretenen Medien.

Das hat Mut gemacht für den weiteren Verlauf dieser Einkommensrunde.

Mithalten statt hinterherrennen!

Wir haben uns versammelt, um auf die Lage im öffentlichen Dienst und auf unsere Forderungen aufmerksam zu machen", so Volker Geyer, dbb Tarifchef und Verhandlungsführer.

Es zählt die persönliche Inflation und Volker Geyer machte deutlich: "Die Arbeitgeberseite hat unsere Forderungen leider zurückgewiesen. Das Argument der Gegenseite, es sei zu wenig Geld da und die Forderungen seien übertrieben, hört der dbb in jeder Verhandlung." Die Haltung des Hessischen Innenministers, Roman Poseck, dass die Forderungen nicht tragbar seien, weil sie zu hohe Kosten bedeuten, ist demnach nicht überraschend. Volker Gever betonte, dass die Forderungen des dbb angemessen, realistisch und vor allem notwendig seien. Hierbei müsse die Bezahlung im öffentlichen Dienst mit der Inflation mithalten können. denn die durchschnittliche Inflationsrate liege zwar bei sechs Prozent. Der dbb hingegen sehe gerade auch die persönliche Inflationsrate der Beschäftigten, die weit über dem Durchschnitt liegt. Allein die Lebensmittelpreise sind über 20 Prozent gestiegen. Geyer weiter: "Die Entgelte dürfen nicht auf ewig den steigenden Lebenshaltungskosten hinterherrennen. Deshalb fordern wir, dass das Land Hessen die Entgelte um 10,5 Prozent, mindestens aber um 500 Euro erhöht." Es geht also insbesondere um die Besserstellung der unteren Entgeltgruppen. Zusätzlich fordert der dbb eine Entgelterhöhung von 260 Euro für Azubis. Heini Schmitt, Vorsitzender des dbb Hessen, ergänzte: "Das Schlagwort "Mithalten" gilt auch in anderen Bereichen der Bezahlung: Das Ergebnis des Tarifabschlusses muss zeitgleich und systemkonform auf die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger übertragen werden. Nur so nähern wir uns der verfassungskonformen Alimentation an." Hessen darf bei der Bezahlung nicht schlechter dastehen als die anderen Bundesländer. Insbesondere muss der öffentliche Dienst mit der Privatwirtschaft mithalten können. Die ohnehin angespannte Personalsituation darf sich nicht noch weiter verschlechtern. Ein starker öffentlicher Dienst verdient eine angemessene Bezahlung "Wir brauchen einen starken öffentlichen Dienst, um Hessen am Laufen zu halten", machte Gever in Darmstadt deutlich. Wir müssen der Hessischen Landesregierung klarmachen, dass die Beschäftigten tagtäglich großen Einsatz zeigen und sich mit Fachwissen, Tatendrang und Herz um Sicherheit, Bildung, Erziehung, Transport, Finanzen, Verwaltung und vieles mehr kümmern. Die Arbeitgeberseite muss anerkennen, dass starke Leistung auch gut

bezahlt sein muss. Deshalb fordert der dbb weiterhin hartnäckig 10,5 Prozent mehr Einkommen, aber mindestens 500 Euro mehr und zwar bei einer Laufzeit von zwölf Monaten. Damit der öffentliche Dienst ein attraktiver Arbeitgeber bleibt, muss eine zeitgemä-Be Bezahlung sichergestellt werden. Überall wird bereits händeringend nach neuen Fachkräften gesucht. Es muss also dafür gesorgt werden, dass Bestandskräfte bleiben und gute Nachwuchskräfte gewonnen werden. Der dbb erwartet an dieser Stelle konkrete Verbesserungsvorschläge vom Land Hessen. Das Land kann und darf hier nicht ans Kaputtsparen denken. Was steht jetzt an? Die Verhandlungen werden am 6. und 7. März 2024 auf Fachebene fortgesetzt, bevor am 14. und 15. März 2024 in Bad Homburg die Abschlussrunde ansteht. Weitere Informationen zu den Verhandlungen finden sich unter www.dbb.de/einkommensrunde.

Am 13.03.2024 in Wiesbaden zur Großdemo, gilt es, noch eine Schippe drauf zu legen.

Euer Tarifvertreter Torsten Gürtler

da geht noch was! – Zeigt eurenUnmut – geht auf die Straße!

Alle Bilder: Friedhelm Windmüller dbb



Hessen wählt im Mai ihre Personalvertretungen

Wir stellen uns - zur Wahl

Im Leben hast Du die Wahl – nachgeben – aufgeben – oder alles geben. Wir haben uns geschlossen für alles geben entschieden.

Geht zur Wahl – ihr habt eine starke Stimme. Am 14.05 eure Stimme für die Listen des BSBD



Bilder von Demos in Darmstadt ...

























Alle Bilder: Friedhelm Windmüller dbb